

**Frage 05: Sind Sie bereit, Maßnahmen zum Schutz religiöser Gefühle gegen Herabsetzung durch Satire und Kunst zu unterstützen?**

**ÖVP**

In einem Rechtsstaat ist es notwendig, die Ausübungsrechte von gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften zu schützen, die Religionsfreiheit in Österreich zu beachten und gleichzeitig die Meinungs-, bzw. Kunstfreiheit zu garantieren. Die gesetzlichen Bestimmungen und die aktuelle Rechtsprechung in Österreich bieten dazu einen entsprechenden Schutz.

**SPÖ**

Religionsfreiheit, Kunst-, Presse- und Meinungsfreiheit sind wichtige Grundpfeiler der Demokratie. Daher braucht es immer eine Abwägung und Prüfung des Einzelfalles.

**FPÖ**

Auch Religion muss Satire verkraften können, jedoch gibt es immer Grenzen und die sind derzeit aus unserer Sicht genügend gesetzlich geregelt. Was allerdings nicht sein darf, ist, dass gewisse religiöse Gruppierungen vor dem Gesetz davon ausgenommen, oder bevorzugt behandelt werden.

**GRÜNE**

Zu Recht sind sowohl die Religionsfreiheit als auch die Kunstfreiheit als Grundrechte verfassungsrechtlich geschützt. Hier geht es um die komplexe Frage der Kollision von Grundrechten. Dabei braucht es im Einzelfall eine sorgfältige Abwägung der betroffenen Rechtsgüter, weshalb die Frage nicht pauschal beantwortet werden kann. Satire und Kunst erfüllen wichtige demokratiepolitische Funktionen in unserer Gesellschaft, gleichzeitig sind jedoch auch gegenseitiger Respekt für die Werte der anderen und Rücksichtnahme in unserer Gesellschaft geboten, um eine Spaltung zu unterbinden.

**NEOS**

Aus liberaler Sicht hat die Meinungs- und Kunstfreiheit Vorrang. Der Schutz religiöser Gefühle soll diese Grundfreiheiten nicht einschränken.

**KPÖ**

Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher nationaler Herkunft und religiöser Zugehörigkeit setzt vor allem eines voraus: Respekt. Wir lehnen die Herabwürdigung religiöser Symbole und die Verletzung religiöser Gefühle grundsätzlich ab. Der Respekt gegenüber Andersdenkenden und Andersglaubenden ist eine Frage der Kultur und der Erziehung. Deshalb ist auch der Staat kein geeignetes Instrument, ihn durchzusetzen. Die Grenze der Meinungsfreiheit ist dort erreicht, wo Bevölkerungsgruppen aufgrund ihres

Glaubens verächtlich und zum Gegenstand des Hasses gemacht werden. Dem entgegenzutreten, dafür besteht in Österreich eine ausreichende gesetzliche Grundlage.